

Niederschrift

29. Juli 2024

über die 46. öffentliche Sitzung

1 von 11

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

am **Mittwoch, 12. Juni 2024, 17:00 Uhr**

im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, Vorsitzende, B90/Grüne

Wolfgang Decker, 1. stellvertretender Vorsitzender, SPD

Dr. phil. Michael von Rüden, 2. stellvertretender Vorsitzender, CDU

Eva Koch, Mitglied, B90/Grüne

Dorothee Köpp, Mitglied, B90/Grüne

Karin Müller, Mitglied, B90/Grüne

(Vertretung für Herr Gernot Rönz)

Thomas Volmer, Mitglied, B90/Grüne

Anke Bergmann, Mitglied, SPD

Mirko Düsterdieck, Mitglied, SPD

Dr. Ron-Hendrik Hechelmann, Mitglied, SPD

Christoph Zeidler, Mitglied, SPD

(Vertretung für Herr Patrick Hartmann)

Annette Knieling, Mitglied, CDU

(Vertretung für Herr Holger Augustin)

Vera Wilmes, Mitglied, CDU

(Vertretung für Frau Eva Kühne-Hörmann)

Soumya Belabed, Mitglied, DIE LINKE

Sabine Leidig, Mitglied, DIE LINKE

Sascha Bickel, Mitglied, FDP

Sven René Dreyer, Mitglied, AfD

(ab 17:03 Uhr)

Teilnehmer mit beratender Stimme

Chuks-Lewis Samuel-Ehiwario, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat

Dr. Sven Schoeller, Oberbürgermeister, B90/Grüne

Matthias Nölke, Stadtkämmerer, FDP

Heiko Lehmkuhl, Stadtrat, CDU

Dr.-Ing. Norbert Wett, Stadtrat, CDU

Nicole Maisch, Bürgermeisterin, B90/Grüne

Schriftführung

Annika Kuhlmann, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Thorsten Bork, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:

Dr. Thomas Nöcker, Vertreter des Seniorenbeirates

Simone Fedderke, Stadtklimarätin, B90/Grüne

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen

Stefan Rios, Amt für Kämmerei und Steuern

Timo Vogt, Amt für Kämmerei und Steuern

Thomas Bergmann, Revisionsamt

Alexander Ringbeck, Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters

Niklas Kraft, Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Städtische Fahrzeug-Neuanschaffungen nur noch als Elektrofahrzeuge | 101.18.1966 |
| 2. Vorstellung Gremium zur Überprüfung von Straßennamen | 101.19.188 |
| 3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2024; - Liste S1 / 2024 - | 101.19.1154 |
| 4. KAS Elektrotechnik GmbH & Co. KG - Rechtsformwechsel in GmbH | 101.19.1156 |
| 4.1 Zuwendung Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung | 101.19.1179 |
| 5. Praxis hinsichtlich der Altersbestimmung bei minderjährigen unbegleiteten Ausländern (umA) | 101.19.1151 |
| 6. Verträge mit Betreiberfirmen von Unterkünften | 101.19.1152 |
| 7. Online-Casino | 101.19.1162 |

Es ist beabsichtigt, nachfolgende Tagesordnungspunkte in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln.

- | | |
|--|-------------|
| 8. Transaktion EAME/Netcom | 101.19.1140 |
| - Veräußerung des 50%igen-Geschäftsanteils der STW an der EAME | |
| - Kauf des 50%igen-Geschäftsanteils der EAMB an der Netcom | |

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann eröffnet die mit der Einladung vom 5. Juni 2024 ordnungsgemäß einberufene 46. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

3 von 11

Der Magistrat beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um die als Tischvorlage bereitgestellte Vorlage des Magistrats betr. Zuwendung Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung, 101.19.1179.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

abwesend: AfD
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag des Magistrats auf Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage des Magistrats betr. Zuwendung Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung, 101.19.1179, wird **zugestimmt**.

Die Vorlage wird als Tagesordnungspunkt 4.1 eingereiht.

Die SPD-Fraktion beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um die als Tischvorlage bereitgestellte Anfrage betr. Zehntscheune, 101.19.1170.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: SPD, DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, CDU und FDP

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung um die Anfrage betr. Zehntscheune, 101.19.1170, wird **abgelehnt**.

Die SPD-Fraktion beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um die als Tischvorlage bereitgestellte Anfrage betr. Neuregelung der Grundsteuer ab 01. Januar 2025, 101.19.1177.

4 von 11

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst gemäß § 10 (6) der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Kassel (2/3-Mehrheit) bei

Zustimmung: SPD, DIE LINKE

Ablehnung: B90/Grüne, CDU und FDP

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Der Geschäftsordnungsantrag der SPD-Fraktion auf Erweiterung der Tagesordnung um die Anfrage betr. Neuregelung der Grundsteuer ab 01. Januar 2025, 101.19.1177, wird **abgelehnt**.

Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Städtische Fahrzeug-Neuanschaffungen nur noch als Elektrofahrzeuge

Bericht des Magistrats

(jährlicher Bericht zugesagt im Fiwigru 20. Januar 2021)

-101.18.1966-

Beschluss

Bei Neuanschaffungen durch städtische Einrichtungen und Unternehmen in städtischer Hand ist grundsätzlich ein Elektrofahrzeug anzuschaffen. Dabei können, wenn dies dienstlich möglich ist, flankierend auch Pedelecs und Lastenfahrräder zum Einsatz kommen. Voraussetzung ist die jeweils erforderliche Infrastruktur am Standort. Die städtischen Unternehmen werden gebeten entsprechend zu verfahren. Abweichungen davon sind zu begründen. Als Begründung gilt nur der Umstand, dass für den Zweck auf dem Markt keine Lösung vorhanden ist oder die Lebenszykluskosten dafür unverhältnismäßig teuer sind. Bei den Lebenszykluskosten für Verbrenner ist zu berücksichtigen, dass diese spätestens ab 2030 mit klimaneutralen Treibstoffen betrieben werden müssen.

Oberbürgermeister Geselle sagt zu dem Antrag einen jährlichen Bericht im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen zu.

Oberbürgermeister Dr. Schoeller berichtet über die seit Beschluss im Januar 2021 neu angeschafften Fahrzeuge und begründet die Anschaffung von Fahrzeugen mit Verbrennermotoren. Weiterhin informiert er über die Gesamtanzahl von Dienstfahrzeugen und den prozentualen Anteil von Elektrofahrzeugen. Auf Nachfrage von Stadtverordneten Dr. Hechelmann, SPD-Fraktion, ob sich die Neubeschaffungsquote seit Beschluss verbessert habe, sagt Oberbürgermeister Dr. Schoeller eine nach Jahren aufgeschlüsselte Übersicht von Neuanschaffungen zur Niederschrift zu.

5 von 11

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

2. Vorstellung Gremium zur Überprüfung von Straßennamen

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 4. Oktober 2021

Bericht des Magistrats

-101.19.188-

Beschluss

Der Magistrat wird aufgefordert, den Mitgliedern des Beratungsgremiums zur Überprüfung von Straßennamen von dem Zeitpunkt der personellen und finanziellen Funktionsfähigkeit an Gelegenheit zu geben, sich im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen persönlich vorzustellen und ihre Konzeption zu vermitteln.

Oberbürgermeister Dr. Schoeller informiert über die personelle Besetzung des Gremiums und die geplante Arbeitsaufnahme. Die persönliche Vorstellung im Ausschuss soll stattfinden, wenn die Funktionsfähigkeit des Gremiums hergestellt ist.

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

3. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß

§ 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2024; - Liste S1 / 2024 -

Vorlage des Magistrats

- 101.19.1154 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung bewilligt die in der nachfolgenden Liste S1/2024 enthaltene überplanmäßige Auszahlung gemäß § 100 Abs. 1 HGO

6 von 11

im Finanzhaushalt in Höhe von 38.113,34 €.“

Stadtkämmerer Nölke beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: DIE LINKE, AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen gemäß § 100 Abs. 1 HGO für das Jahr 2024; - Liste S1 / 2024 -, 101.19.1154, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Koch

4. KAS Elektrotechnik GmbH & Co. KG

- Rechtsformwechsel in GmbH

Vorlage des Magistrats

- 101.19.1156 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Umwandlung der KAS Elektrotechnik GmbH & Co. KG (KAS) in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) wird zugestimmt.
2. Dem Abschluss der in Anlage 1 beigefügten Gesellschaftsvertrag wird zugestimmt.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung der Beschlüsse erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen, Streichungen oder Klarstellungen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: DIE LINKE
den

7 von 11

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. KAS Elektrotechnik GmbH & Co. KG
- Rechtsformwechsel in GmbH, 101.19.1156, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Bergmann

4.1 Zuwendung Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung

Vorlage des Magistrats
- 101.19.1179 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Dem Kulturzentrum Schlachthof gGmbH wird eine Zuwendung für die Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung für den Zeitraum vom 1. Januar bis zum 31. März 2024 in Höhe von bis zu 53.000 Euro gewährt.“

Bürgermeisterin Maisch erläutert die Vorlage des Magistrats und beantwortet die Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: AfD
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Zuwendung Integrationskursbegleitende Kinderbetreuung, 101.19.1179, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Dr. von Rüdén

5. Praxis hinsichtlich der Altersbestimmung bei minderjährigen unbegleiteten Ausländern (umA)

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.19.1151 -

Anfrage

Vor diesem Hintergrund fragen wir den Magistrat:

1. Wie viele minderjährige unbegleitete Ausländer (umA) lebten im Jahre 2023 in Kassel (bitte nach Monaten aufschlüsseln) und wie hoch waren die Gesamtkosten für diese Personengruppe im Jahr 2023 (über alle Teilhaushalte hinweg)?
2. In wie vielen Fällen wurde eine Altersbestimmung durch die Stadt Kassel angeordnet?
3. Welche medizinischen Methoden zur Altersfeststellung kamen hierbei zur Anwendung?
4. In wie vielen Fällen der Anordnung einer medizinischen Untersuchung zur Altersfeststellung wurde diese vom Betroffenen verweigert?
5. Welche Bemühungen unternimmt die Stadt Kassel im Rahmen der „qualifizierten Inaugenscheinnahme“ nach § 42f SGB VIII, um Fehlbeurteilungen mit der erforderlichen Sicherheit ausschließen zu können?
6. Findet die „qualifizierte Inaugenscheinnahme“ nach § 42f SGB VIII unter Anwendung des Vier-Augen-Prinzips statt?
7. Welches Verbesserungspotential sieht der Magistrat, um die Anzahl der fälschlicherweise als minderjährige unbegleitete Ausländer (umA) eingestuften Asylsuchenden weiter zu verhindern?

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet die Anfrage seiner Fraktion. Bürgermeisterin Maisch beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Bürgermeisterin Maisch erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

6. Verträge mit Betreiberfirmen von Unterkünften

9 von 11

Anfrage der AfD-Fraktion
- 101.19.1152 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Verträge bestehen derzeit zwischen der Stadt Kassel und Betreiberfirmen für Unterkünfte für Obdachlose, Asylbewerber und weitere Personengruppen?
2. Wie verteilt sich die Anzahl der bestehenden Verträge auf die einzelnen Betreiberfirmen?
3. Wie lang ist die durchschnittliche Vertragslaufzeit dieser Vereinbarungen?
4. Welchen finanziellen Gesamtumfang haben diese Verträge insgesamt pro Jahr (über alle Teilhaushalte hinweg) und wie verteilt sich dieser Betrag auf die verschiedenen Unterkunftsarten (z.B. Asylbewerberunterkünfte, Obdachlosenunterkünfte etc.)?
5. Welchen Anteil dieser Gesamtkosten (siehe Frage Nr. 4) muss die Stadt Kassel voraussichtlich im laufenden Jahr aus eigenen Haushaltsmitteln tragen?
6. Wie hat sich der in Frage Nr. 5 ermittelte Kostenanteil der Stadt Kassel in den Jahren 2013 bis 2023 entwickelt? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.
7. Wie wird sich der in Frage Nr. 5 ermittelte Kostenanteil der Stadt Kassel schätzungsweise für das laufende Jahr 2024 entwickeln?
8. Wie hoch ist der durchschnittliche jährliche finanzielle Umfang eines einzelnen Vertrages?
9. Wie groß ist die insgesamt und durchschnittlich bewirtschaftete Fläche (in Quadratmetern) gemäß diesen Verträgen? Gemeint sind hierbei alle bewirtschafteten Flächen im Innen- und Außenbereich (wie bspw. Wohnbereiche, Gemeinschaftsflächen, Außenanlagen und Grünflächen etc.).
10. Wie viele Personen werden im Durchschnitt pro Vertrag betreut bzw. untergebracht?
11. Bei welchen Arten von Unterkünften gibt es gegebenenfalls Schwierigkeiten, geeignete Betreiberfirmen zu finden?

12. Falls es bei Unterküften Schwierigkeiten geben sollte, geeignete Betreiberfirmen zu finden: Welche spezifischen Schwierigkeiten bestehen bei der Akquise von geeigneten Betreiberfirmen für die verschiedenen Unterkunftsarten?

10 von 11

Stadtverordneter Dreyer, AfD-Fraktion, begründet die Anfrage seiner Fraktion. Stadtrat Dr. Wett beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Nachfragen der Ausschussmitglieder. Die Tabellen der Antwort werden der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Dr. Wett erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

7. Online-Casino

Anfrage der SPD-Fraktion
- 101.19.1162 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche planerischen Kosten entstehen der Stadt für die Erstellung des Letter of Intent für die Entwicklung eines Geschäftsmodells als Voraussetzung für die Erteilung einer Erlaubnis zur Veranstaltung von Online-Casinospielen?
2. Wie hoch sind die Personalkosten und die Sachkosten für die planerische Umsetzung für den Betrieb eines Online-Casinos?
3. Wie viele Personenstunden wurden bereits in das Projekt investiert?
4. Wie viele Personenstunden sind für das restliche Jahr 2024 und für das kommende Jahr 2025 geplant?
5. Welche Informationen liegen dem Magistrat für die voraussichtlichen weiteren Kosten zur Einrichtung eines Online-Casinos vor?
6. Wenn diese vorliegen, wie hoch sind diese?
7. Welche nichtstaatlichen Organisationen und Unternehmen sind im Projekt beteiligt?
8. Rechnet der Magistrat mit Einnahmen aus dem Betrieb des Online-Casinos und wenn ja wie hoch sind diese?
9. Welche Maßnahmen ergreift der Magistrat zur Prävention und dem Schutz der Spieler*innen?
10. Wenn ja, mit welchen Kosten rechnet der Magistrat für diese Maßnahmen?

Stadtverordneter Dr. Hechermann, SPD-Fraktion, begründet die Anfrage seiner Fraktion. Stadtkämmerer Nölke beantwortet die Anfrage.

Nach Beantwortung durch Oberbürgermeister Dr. Schoeller erklärt Vorsitzende Dr. van den Hövel-Hanemann die Anfrage für erledigt.

Der Magistrat beantragt, den Tagesordnungspunkt 8 betr. Transaktion EAME/Netcom in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln. Eine Begründung des Ausschlusses der Öffentlichkeit wird nicht gewünscht.

Der Grundstücksausschuss fasst bei

Zustimmung: B90/Grüne, SPD, CDU, FDP

Ablehnung: DIE LINKE

Enthaltung: AfD

den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag des Magistrats, den Tagesordnungspunkt 8 betr. Transaktion EAME/Netcom in nicht öffentlicher Sitzung zu behandeln, wird **zugestimmt**.

Somit wird der Tagesordnungspunkt

8. Transaktion EAME/Netcom

- Veräußerung des 50%igen-Geschäftsanteils der STW an der EAME

- Kauf des 50%igen-Geschäftsanteils der EAMB an der Netcom

Vorlage des Magistrats

- 101.19.1140 -

in nicht öffentlicher Sitzung behandelt. Siehe Niederschrift über den nicht öffentlichen Teil der Sitzung.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:02 Uhr

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann
Vorsitzende

Annika Kuhlmann
Schriftführerin

Dezernat des Oberbürgermeisters



25.07.2024

-10-

Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen am 12. Juni 2024

Nachfrage zum Bericht „Städtische Fahrzeug-Neuanschaffungen nur noch als Elektrofahrzeuge“

Vorlage Nr. 101.19.1966

Fragesteller: Stadtverordneter Dr. Ron Hechelmann

„Auf Nachfrage von Stadtverordneten Dr. Hechelmann, SPD-Fraktion, ob sich die Neubeschaffungsquote seit Beschluss verbessert habe, sagt Oberbürgermeister Dr. Schoeller eine nach Jahren aufgeschlüsselte Übersicht von Neuanschaffungen zur Niederschrift zu.“

Antwort

Nachfolgend ist eine nach Anschaffungsjahren aufgeschlüsselte Aufstellung der Neuanschaffungen in Prozent dargestellt.

Neuanschaffungen		davon Verbrenner		davon Elektro	
im Jahr 2021	42	32	76,2%	10	23,8%
im Jahr 2022	12	9	75,0%	3	25,0%
im Jahr 2023	33	23	69,7%	10	30,3%
im Jahr 2024	12	4	33,3%	8	66,7%
Gesamtsumme	99	68	68,7%	31	31,3%

Dr. Sven Schoeller
Oberbürgermeister

Anfrage der AfD-Fraktion vom 27. Mai 2024

Vorlage Nr. 101.19.1152

Verträge mit Betreiberfirmen von Unterkünften

Frage:

Wie hat sich der in Frage Nr. 5 ermittelte Kostenanteil der Stadt Kassel in den Jahren 2013 bis 2023 entwickelt? Bitte nach Jahren aufschlüsseln.

Antwort:

Für den Bereich der Unterbringung Geflüchteter kann unter Berücksichtigung der Ausführungen zu Frage 5 dargestellt werden, wie sich der städtische Zuschussbedarf bei den Leistungen für Unterbringung und Lebensunterhalt unter Berücksichtigung der Erträge insgesamt entwickelt hat. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Erstattungen durch das Land regelhaft deutlich zeitversetzt erfolgen.

Leistungen für Geflüchtete	2013	2014	2015	2016
Zuschussbedarf	731.043	1.586.967	3.163.663	-3.420.410
Leistungen für Geflüchtete	2017	2018	2019	2020
Zuschussbedarf	4.083.709	3.794.778	7.319.529	8.790.557
Leistungen für Geflüchtete	2021	2022	2023	
Zuschussbedarf	9.604.219	5.586.341	-2.084.137	

Im Bereich der Obdachlosenhilfe wird die Differenz zwischen Unterkunftskosten und Nutzungsentschädigungen als Zuschussbedarf sowie ergänzend dazu die in der Antwort zu Frage 5 erläuterten sonstigen Aufwendungen dargestellt. Durch zeitversetzt gezahlte Nutzungsentschädigungen ergaben sich hier in einigen Jahresbetrachtungen negative Zuschussbedarfe.

Obdachlosenhilfe	2013	2014	2015	2016
Zuschussbedarf Unterbringung	-38.267	-97.986	-6.901	59.695
sonstige Aufwendungen	367.176	396.359	552.528	689.553
Obdachlosenhilfe	2017	2018	2019	2020
Zuschussbedarf Unterbringung	-15.827	40.753	142.919	611.080
sonstige Aufwendungen	842.787	1.133.758	1.427.018	2.144.027
Obdachlosenhilfe	2021	2022	2023	
Zuschussbedarf Unterbringung	537.281	809.056	367.447	
sonstige Aufwendungen	2.770.646	3.200.176	4.501.704	

Norbert Wett

Dr. Norbert Wett
Stadtrat